



Brot - Rosen – und die Hälfte der Macht!

Wir wollen gleichberechtigte Teilhabe, - mehr denn je!

Im dritten Jahr der Pandemie haben sich die Ungleichheiten, denen vor allem wir Frauen unterworfen sind, verfestigt und in vielen Bereichen verstärkt. Dagegen wollen und müssen wir angehen! Der Dreiklang von Kampf gegen den Klimawandel, Transformation der Arbeitswelt und Pandemie stellen uns nach wie vor immense Herausforderungen!

Wir haben im vergangenen Jahr viel erreicht:

- Allem voran setzen im Familienministerium und im Außenministerium zwei engagierte Feministinnen nun familienpolitisch und außenpolitisch unsere Teilhabe- und Gleichberechtigungsansprüche um - das, wofür wir so lange schon kämpfen!
- Der §219a wird aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und die Versorgungslage beim Schwangerschaftsabbruch wird verbessert! Was für ein gutes und überfälliges Zeichen, das Recht auf Information wird umgesetzt und Ärzt*innen werden entkriminalisiert. Und es ist auch ein guter Schritt in Richtung der Abschaffung von § 218! Es geht voran!
- Unsere Abgeordneten haben in der Koalition erreicht, dass alle (!) Gesetze, Maßnahmen und Vorhaben einem Gleichstellungsscheck unterzogen werden sollen – das fördert die notwendige Transparenz und macht Gleichstellung endlich zur Querschnittsaufgabe!

Trotz allem – wenn wir auf die Lage von uns Frauen in der Arbeitswelt schauen, müssen wir konstatieren, dass das Zurückdrängen von Ungleichheiten und der Weg zur Gleichberechtigung langwierig und durch die Pandemie zusätzlich schwieriger geworden ist. Die Pandemie

hat uns Frauen arbeits-, sozial- und gesellschaftspolitisch einen wahren Backlash beschert.

Arbeitnehmerinnen haben Arbeitszeiten unfreiwillig verkürzt, um Familien- und Pflegeaufgaben zu übernehmen. Viele Arbeitnehmer taten dies auch. Während jedoch Männer schneller wieder ohne AZ-Verkürzung arbeiten, stolpern viele Frauen nach wie vor in der Gemengelage zwischen Kinderbetreuung, sonstige Pflegearbeiten, home-office-Akkordangebot, Kurzarbeitergeld oder gar Arbeitslosengeld den Bedingungen der eigenen Lebenswelt hinterher.

Ein wahrer Backlash, getrieben nicht nur von der Pandemie, sondern auch von mangelnder Entgeltgleichheit, dem Fehlen eines echten Entgelttransparenzgesetzes, dem Übersehen-Werden, dass der eigene Beruf oft systemrelevant ist und auch der Abwertung ebendieser systemrelevanten Berufe durch schlechte Löhne und Geringschätzung. Von wirksamen Frauenquoten mal ganz zu schweigen. Corona hat diese Schieflagen befeuert.

Ja, der Mindestlohn wird auf 12 € ansteigen. Aber auch die Minijob-Grenze soll auf 520 € ansteigen. Das öffnet Tür und Tor für noch mehr Beschäftigungsverhältnisse, die nicht sozialversicherungspflichtig abgesichert sind. Minijobs werden zu 70 % von Frauen ausgeführt, es sind prekär entlohnte Jobs, die die Beschäftigten in ungewollten finanziellen Abhängigkeiten halten und die zu Altersarmut führen. Nach wie vor. Da gibt es kein Vertun und kein Beschönigen.

Als Gewerkschafterinnen fordern wir einen politischen Perspektivwechsel für uns Frauen*:

- **Wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlichen Löhnen für gleiche und gleichwertige Arbeit und keine Minijobs als Brücke in die weibliche Altersarmut!**
- **Wir wollen, dass unsere Kolleg*innen in der Pflege und in den Care- und personennahen DL-Berufen bessere Löhne, mehr Anerkennung, gute, bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildungen und**



endlich ein deutlicheres politisches Augenmerk bekommen.

- Wir wollen bessere Rahmenbedingungen, also mehr Zeitsouveränität, damit wir Umfang, Lage und Ort für unsere Arbeitsleistung selbst bestimmen können!
- Wir wollen, dass verstanden wird, dass work-life-balance nicht Kinder-Computer-Küche meint und der Spruch „we can do it“ sicherlich nicht meint, alle Unzulänglichkeiten, Benachteiligungen und Diskriminierungen auszugleichen.
- Und nach wie vor: Individualbesteuerung.

Unser Zeitfenster ist jetzt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und liebe Freund*innen! Trotz aller Schiefen!

Transformation, Digitalisierung und der Kampf gegen den Klimawandel ermöglichen neue Chancen

auf bessere Arbeit und Arbeitsbedingungen, denn alle Branchen, alle Arbeitsplätze werden sich langfristig wandeln.

Deshalb brauchen wir mehr Tarifbindung und mehr betriebliche Mitbestimmung, damit wir diesen Wandel der Arbeitswelt zu unseren Gunsten mitgestalten und unsere Forderungen nach einem besseren Leben durchsetzen können! Und wir brauchen vor allem mehr weibliche Mitbestimmung auf allen betriebspolitischen Ebenen!

Geschlechtergerechtigkeit kommt nicht von allein – sie muss eingefordert werden.

Lasst uns füreinander eintreten und zusammen für Gleichberechtigung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, gute Arbeit, gute Löhne und auskömmliche Renten streiten – **damit es mit der Gleichstellung vorangeht!**